

Editorial

Der vorliegende Band befasst sich anhand von zwölf Fallstudien mit politischer Gewaltanwendung und Gewaltdiskursen aus den letzten zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte – Gewalt die sowohl von staatlicher Seite, »von oben«, wie aus der Gesellschaft heraus, »von unten«, ausgeübt wurde. Es geht uns als Herausgeber nicht um den Nachweis eines vorgeblich universellen Charakters von Gewalterfahrung, auch nicht um die Erforschung allgemeiner Ursachen von Gewalt, weder um ein Erklärungsmuster für gewaltsame Eruptionen, noch um das Herausarbeiten von langfristigen Strategien zur Gewaltausübung oder -bekämpfung. Unser Ziel ist vielmehr, Zusammenhänge von Legitimitätsstrategien und kulturellen Deutungsmustern herauszuarbeiten, die sich unterschiedlicher Methoden bedienen, in ihrer Zeit verortet sind und in die Gesellschaft zurückwirken. So kreisen alle Beiträge um das Thema Gewalt, indem sie deren kulturelle Verankerung in ihrer spezifischen Periode und im konkreten gesellschaftlichen Umfeld, in dem sie zum Ausdruck kommt, analysieren, auch dort, wo es sich um extreme Formen von Gewalt handelt, wie im Falle der Kriegs- und Massengewalt. Die Autoren nähern sich der Thematik aus diversen Perspektiven und auf unterschiedliche Art, doch ist allen Beiträgen gemein, dass sie den Ursprung von Gewalt nicht jenseits kultureller und gesellschaftlicher Dynamiken verorten; Gewalt bricht nicht als störende Kraft von außen in eine aufgeklärte oder gewaltfreie Zivilisation ein, und sie ist auch nicht als das Andere oder die Schattenseite der Kultur zu deuten. Vielmehr wird Gewalt hier als innerhalb der Kultur angesiedelt verstanden, als integraler Teil der Gesellschaft, in der sie entsteht und in der sie ausgeübt wird – und die sie zugleich auch bedroht. Mit anderen Worten: Ziel dieses Bandes ist es, einen Einblick in die Vielfalt der kulturellen Figurationen der Gewalt in den letzten zweihundert Jahren deutscher Geschichte zu vermitteln, um darauf hinzuweisen, dass politische Gewalt – unabhängig davon, ob sie nun »von oben« oder »von unten« ausgeübt wird – immer in diskursive Konstruktionen und gesellschaftliche Interaktionen eingebettet ist und auch auf sie wirkt.¹

Anlass der dem Band zugrunde liegenden Konferenz, an der israelische und deutsche Historiker und Sozialwissenschaftler beteiligt waren, war

1 Vgl. Peter Imbusch, Gewalt – Stochern in unübersichtlichem Gelände, in: *Mittelweg* 36, 2 (2000), 24-40, hier 29-31.

der 80. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland.² Dieser thematische und zeitliche Ausgangspunkt ermöglichte es einerseits, interessante historische und thematische Kontinuitäten zu beleuchten, brachte aber auch die Versuchung mit sich, politische Gewalt vor 1933 als eine reine Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu interpretieren. Dieser Gefahr sind die Beiträge entgangen. Vielmehr verweisen sie auf kontextbezogene kulturelle Codierungen der Gewalt in den einzelnen Epochen der deutschen Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte.

Im II. Reich

Im ersten Beitrag zeigt *Doron Avraham* auf, wie ein Ethos des Militarismus und der Gewalt zum wesentlichen Bestandteil der Konzeption einer sich als freiheitlich verstehenden Zivilgesellschaft wurde, wie sie der deutsche Liberalismus in der Periode zwischen den Befreiungskriegen und den Revolutionen von 1848/49 propagierte. Die von den Reformern vertretene und gegen die alten Eliten gerichtete Idee einer Verbindung zwischen Armeedienst und allgemeinen Bürgerrechten führte, so Avraham, dazu, dass sich der allgemeine Militärdienst nicht nur zu einem gewalttätigen Exerzitium entwickelte, damit verbunden entstand auch ein Konzept von Männlichkeit, das gewalttätige Praktiken als Erziehungsmaßnahmen verstand und guthieß. Das in weiten Teilen der Bürgergesellschaft stark verankerte und aus der Aufklärung rührende Bildungsethos verlor dadurch, wie Avrahams Analyse des liberalen Diskurses beleuchtet, an Bedeutung. So wurde durch die allgemeine Wehrpflicht eine Militarisierung der Zivilgesellschaft vorangetrieben, die in den folgenden Jahrzehnten das Konzept von Staatsbürgerschaft prägte.

Ishay Landa entwickelt in seinem Beitrag die ideengeschichtliche These, dass innerhalb der intellektuellen deutschen Eliten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Abwehrhaltung gegenüber sozialistischen Ideen entstand, da diese als eine Bedrohung der gesellschaftlichen Hegemonialstellung gegenüber »den Massen« interpretiert wurden. In der Folgezeit, besonders nach dem Ersten Weltkrieg, radikalisierte sich diese Vorstellung zu einem allgemeinen Bedrohungs-Szenario durch die Moderne, repräsentiert durch Demokratie, Sozialismus, Massenkultur und Konsumorientierung. Als prägnanten Vertreter dieser Haltung zitiert Landa Ernst Jün-

2 Siehe Tagungsbericht *Violence and Politics in Germany: Origins and Consequences of Nazism*. 13.1.2013-14.1.2013, Tel Aviv, in: H-Soz-u-Kult, 16.4.2013, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4768>>.

ger. Allerdings, so der Autor, war sie nicht auf Deutschland beschränkt, sondern in anderen europäischen Ländern ebenfalls verbreitet.

In der Weimarer Republik

Einen Überblick über die gesamte Weimarer Periode gibt *Shulamit Volkov* in ihrem Beitrag, der sich mit politischen Attentaten beschäftigt. Sie weist darauf hin, dass das Thema der politischen Gewalt während dieser Periode in der Forschung verhältnismäßig wenig aufgearbeitet ist, obwohl sie ein kennzeichnendes Merkmal für die Zeitspanne zwischen 1919 (beginnend mit dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) und dem Ende der Weimarer Republik darstellt – ein Zeitraum, für den mehr als 300 politisch motivierte Morde belegt sind. Wenn Volkov in ihrem Beitrag die endemische Gewalt in der Gesellschaft der Weimarer Republik konstatiert, so veranlasst dies in erster Linie dazu, das typische Bild dieser Periode zu hinterfragen. Obgleich die Autorin die These von einer zwangsläufigen Entwicklung hin zum Nationalsozialismus zurückweist, unterstreicht sie die Bedeutung von Gewalt als einen formativen Faktor für diese Periode deutscher Geschichte. Gewalt habe in den rechten Organisationen als Mittel zur Konsolidierung nach innen gedient, während gleichzeitig auf staatlicher Ebene sich die Tradition des Armeekorps als konstituierendes Element fortgesetzt habe.

Joana Seiffert befasst sich in ihrem Beitrag ebenfalls mit einem gewaltdurchtränkten Kapitel der Weimarer Republik, genauer: Sie beschreibt die Umdeutung eines zentralen Ereignisses der noch jungen Republik. Der als Ruhrkampf bezeichnete, im Frühjahr 1920 als Reaktion auf den Kapp-Putsch ausgebrochene Arbeiteraufstand vereinte die gesamte Ruhrarbeiterschaft, wurde jedoch bereits nach kurzer Zeit von Reichswehr- und Freikorpsstruppen gewaltsam niedergeworfen. Schon in der zeitgenössischen Betrachtung wurde dieses Ereignis unterschiedlich politisch konnotiert. Der Autorin gelingt es, die Ambivalenz herauszuarbeiten, mit der die Nationalsozialisten auf diesen Aufstand blickten: verdammt sie ihn einerseits exemplarisch als »roten Terror«, versuchten sie doch andererseits, die Ruhrkampf-Erinnerung als Motiv zu benutzen, um die Arbeiterschaft in das Volksgemeinschaftsideal zu integrieren. Dabei wird deutlich, dass ein »von oben« verordnetes Deutungsmuster, für das sich die Nazis ihres Arsenal von Antibolschewismus und Antisemitismus bedienten, erst seine Wirksamkeit entfalten konnte, als es von Akteuren »von unten« getragen wurde. Damit unterstreicht dieser Beitrag ein wesentliches Element dessen, was Sven Reichardt weiter unten als ein allgemeines Strukturmerkmal des Faschismus und des Nationalsozialismus herausarbeitet: das Inei-

nandergreifen von Zwang und Teilnahme, das hier auch für die Übernahme von Deutungsangeboten gilt.

Im III. Reich

Einen überraschenden Aspekt trägt *Jost Dülffer* bei, indem er aufzeigt, wie die Außenpolitik des Dritten Reiches 1939/1940 als »humanitäre Intervention« formuliert wurde. Der Begriff erlangte zwar erst 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte international völkerrechtliche Verbindlichkeit, doch hatte sich bereits infolge des Ersten Weltkriegs in den internationalen Beziehungen die Überzeugung herausgebildet, dass die Grundrechte von Minderheiten von staatlicher Seite zu schützen waren. Diesen Hintergrund nutzte das nationalsozialistische Regime in seiner Interventionsbegründung für seine Zwecke, indem es erklärte, die deutschen Minderheiten in Österreich und in der Tschechoslowakei »zu befreien«. Die internationale Legitimation, die man den Ereignissen damit zu verleihen versucht hatte, bereitete die Aggressionspolitik bis zum Überfall auf die Sowjetunion vor und bedeutete, so Dülffer, den Versuch, diese Politik gegenüber den Westmächten zu legitimieren.

Einen überzeugenden kulturgeschichtlichen Ansatz präsentiert *Thomas Pegelow Kaplan* in seiner Analyse des Zusammenhangs zwischen sprachlicher und physischer Gewalt. Durch die sprachliche Diktion der Nationalsozialisten, so seine These, wurden Opfergruppen definiert, bei denen sowohl dem Individuum wie der Gruppe die Möglichkeit eines Selbstentwurfs verweigert wurde. Sie wurden in der Folge durch rassistische Kategorien aus dem nationalen Kollektiv ausgeschlossen. Als die staatlichen Agenten dieses kulturellen Ausgrenzungsvorgangs identifiziert Pegelow Kaplan zum einen das Reichsinnenministerium, zum anderen aber auch den Deutschen Sprachverein, der in der Nachkriegszeit als Gesellschaft für Deutsche Sprache auch in personeller Kontinuität wiederauferstand. Durch seine Teilnahme am Prozess der »Entjudung« der deutschen Sprache war er Teil der diktatorischen Maschinerie des Dritten Reiches. Pegelow Kaplan weist darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen dieser Form linguistischer Gewalt und der physischen Brutalität, die ihr folgte, nach wie vor einer näheren Erforschung harre.

Sven Reichardt erweitert den Horizont der historischen Analyse nicht nur territorial, wenn er Italien in der Phase der Formierung des Faschismus in seinen Forschungsüberblick miteinbezieht, um der Beziehung von Gewalt und Konsens in den faschistischen Gesellschaften der 1920er- bis 1940er-Jahre auf die Spur zu kommen. In seinem Beitrag plädiert er für eine Differenzierung sowohl des Begriffs der Volksgemeinschaft als auch

der unterschiedlichen Phasen der Massenmobilisierung und Gewaltbereitschaft. Als analytischen Zugang wählt er dafür den Begriff der »Beteiligungsdiktatur«. Anhand dieses Begriffs entwickelt Reichardt aus den beiden vorherrschenden Deutungsansätzen – die NS-Herrschaft entweder als ein repressives Terrorregime oder als eine durch rassistische Ausgrenzung konstituierte Volksgemeinschaft zu beschreiben – einen dritten, integrativen, Zugang zur Herrschaftsübernahme und Konstituierung des Nationalsozialismus. Reichardt spricht sich dafür aus, sowohl das »Dritte Reich« als auch das faschistische Italien als zu differenzierende, in unterschiedlichen Perioden unterschiedlich ausgeprägte »Zustimmungsdiktaturen« zu verstehen, deren Hauptmerkmal in der Verknüpfung von Partizipation und Gewalt bestand und deren Ordnung Repression und Teilhabe zugleich zuließ.

In der Bonner Republik

Der Beitrag von *Tobias Ebbrecht-Hartmann* analysiert eine spezielle Form von politischer Gewalt in der Nachkriegszeit Westdeutschlands. Der Schauplatz ist ebenso unerwartet wie originell. Das Kino, Propagandainstrument der Nationalsozialisten, wird nach 1945 zur Arena physischer Auseinandersetzungen in den Deutungskämpfen um die deutsche Vergangenheit, so der Befund des Autors. Dabei wird, dies verdeutlicht Ebbrecht-Hartmann exemplarisch an den Regisseuren Johannes Häußler und Veit Harlan, die Nazi-Vergangenheit der beiden Akteure bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Anlass vehementer Proteste. Mit Störaktionen und Stinkbomben bekunden die Protestierer ihre Empörung über deren Nachkriegsfilme. Wie der Autor überzeugend nachweisen kann, äußerte sich in diesen radikalen Protesten, die offensichtlich bei den publizistischen und politischen Eliten auf positive Resonanz stießen, ein Deutungsstreit über den Umgang mit der NS-Zeit und das Kino mutierte in den frühen 1950er Jahren zum gewalterfüllten Kampfplatz um Meinungsfreiheit und Demokratie. Anders verhielt es sich in den 1970er Jahren bei den Protesten, die die Aufführungen der Filme »Unternehmen Entebbe« und Claude Lanzmanns »Warum Israel« begleiteten: hier waren die Proteste Ausdruck einer linken Abwehr und einer vollständigen Verdrängung der NS-Vergangenheit.

Sarah Colvins Analyse befasst sich mit einem Aufsatz aus dem Jahr 1968, der unter dem Titel »Gewalt« in der Zeitschrift *konkret* erschien und als theoretische Mobilisierung der Baader-Meinhof-Gruppe für spätere Gewaltakte gelesen werden kann. Colvin verknüpft damit die übergeordnete Frage nach dem Zusammenhang zwischen diesem, zur Zeit der Stu-

dentebewegung verfassten Text und der späteren Entwicklung hin zur RAF bzw. deren Legitimierung von Gewalt. Als historischen Kontext dieser Radikalisierung zeichnet die Autorin die Gewalteskalation nach der Ermordung Benno Ohnesorgs und dem Attentat auf Rudi Dutschke nach. Im Protest gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg wurde Gewalt eingesetzt und gerechtfertigt. In einem zweiten Schritt weist die Autorin nach, wie diese Gewaltstrategie mit Herbert Marcuses Unterscheidung zwischen repressiver und emanzipierender Gewalt diskursiv legitimiert wurde und wie auch Frantz Fanons antikoloniale Schrift zur Rechtfertigung von Gewalt als Befreiungsakt Eingang in die Argumentation fand.

Während Colvin die Vorgeschichte der RAF thematisiert, geht es *Vojin Saša Vukadinović* um die Ablösung einer marxistisch inspirierten, sozialrevolutionären Rechtfertigung von Gewalt durch eine mystifizierende Rhetorik, in der Gewalt einer alles umfassenden Macht entgegengesetzt wird. In dieser Eigensicht erscheint die RAF sozusagen als Exekutive einer in der Heimat verwurzelten Volksgemeinschaft, deren Gewalt sich gegen einen kosmopolitischen Kapitalismus richtete. Dieser Blickwinkel entproblematisierte für die RAF-Mitglieder auch den nationalsozialistischen Antisemitismus, verdrängte ihn gar aus dem Sichtfeld und ermöglichte so eine vorbehaltlose Identifikation mit den Mitteln und Zielen des palästinensischen Terrors.

Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland

Andrew I. Port macht darauf aufmerksam, dass Darstellungen der Ereignisse, die zum Fall der Mauer geführt haben, oft die Brutalität übersehen, die die Reaktion der ostdeutschen Sicherheitsdienste noch zu Beginn der Proteste kennzeichnete. Angesichts der Rücksichtslosigkeit, mit der in der DDR gegen Regimegegner und Demonstranten vorgegangen worden war, werde damit jedoch sowohl das Potenzial der staatlichen Gewalt als auch das persönliche Risiko marginalisiert, das die Demonstranten im Herbst 1989 eingingen. Dass die Gewaltbereitschaft des Staates letztlich nicht in nachhaltigere praktizierte Gewalt mündete, kann dabei laut Port nicht nur auf das mangelnde Selbstvertrauen der SED-Spitze oder die Entscheidung einzelner Politiker reduziert werden. Als entscheidender Faktor muss hier auch das bewusst gewaltlose Verhalten der Demonstranten miteinbezogen werden, das – neben anderen Faktoren – auch in ihrem kirchlichen Umfeld begründet lag, und das es der SED-Führung so schwermachte, mit Gewalt auf sie zu reagieren. Port zeigt, dass im entscheidenden Moment die Wahl zwischen Anwendung von oder Verzicht auf Gewalt nicht nur durch eine Entscheidung »von oben«, sondern auch durch Verhalten »von unten« beeinflusst wurde.

Abschließend spürt *Franziska Meyer* Gewalterfahrungen in der Erinnerung des 20. Jahrhunderts am Beispiel von zwei literarischen Gegenwartstexten nach: Jenny Erpenbecks Roman, *Aller Tage Abend* und Uwe Timms *Der Freund und der Fremde*. Das individuelle Erleben, hier ausgedrückt mit den fiktionalen Möglichkeiten des Romans, macht Meyer zufolge die Spuren historischer Gewalt sichtbar. Damit widerspricht sie jüngeren Thesen von einer Universalisierung der Gewalt, von einer Unsichtbarmachung von Machtstrukturen und Täterschaft und plädiert dafür, literarische Darstellungen ernst zu nehmen, um die Gewaltbeziehungen im Geschlechterverhältnis oder die Gewaltakte des Staates wieder erkennbar zu machen. In Erpenbecks Roman sieht Meyer den moralischen Imperativ dieses Schreibens eingelöst: den Opfern die Treue zu halten. Literarisches Schreiben, im Gegensatz zum entemotionalisierten historischen Blick, ermögliche den Appell an die Affekte des Lesers und entreiße so auch historisch nicht dokumentiertes Leiden dem Vergessen.

Zum Schluss: Dass Macht sich kulturell legitimiert, kann spätestens seit Max Weber als bekannt vorausgesetzt werden. Doch nicht nur die Formen der Macht sind auf vielfältige Weise in ihrer jeweiligen Kultur verankert, die politische Gewalt ist es ebenso, wie unser Band illustriert – und zwar sowohl »von unten« als auch »von oben«. Zwölf Aufsätze können natürlich die kulturelle Prägung politischer Gewalt nicht umfassend für alle Perioden und Aspekte der deutschen Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte belegen. Gern hätten wir weitere Beiträge dazu veröffentlicht, so zum Beispiel zur aktuellen Debatte über die Gewaltakte der NSU. Doch auch wenn es uns gelungen wäre, diese Lücke zu schließen: Ein Sammelband dieser Art bleibt ohnehin immer unvollständig. Dennoch, so hoffen wir, kann eine Auswahl von Fallstudien, wie wir sie hier zusammengetragen haben, exemplarisch deutlich machen, wie eine Kulturgeschichte der Gewalt in Deutschland geschrieben werden kann.

José Brunner, Doron Avraham, Marianne Zepp
Frühjahr 2014